

Die Stadt gehört allen!

Heute sind wir hier um unsere Meinungen zu äußern und uns für einige Stunden an diesem Ort mit unseren Träumen zu entfalten. Das klingt zunächst banal - in diesen Zeiten gleichen Meinungsäußerungen und die Suche nach Orten zum Träumen jedoch oft einem beschwerlichen Kunststück. Was nicht angepasst ist, wird illegalisiert und vom Repressionsapparat zerschlagen. Das ist bei der hierarchischen Konzeption von kapitalistischen Gesellschaften nie völlig anders gewesen, bedeutet aber nicht, dass wir dies einfach hinnehmen werden. Darum: hier und heute, ein frischer Atemzug freier Ideen.

Ein kleiner Rückblick

Bis 2004 trugen die meisten polizeilichen Maßnahmen seit dem „Ende der wilden Achtziger“ die Handschrift des Polizeiberrates Werner Hager vom Revier Nord. Diese war als die so genannte „Freiburger neue Linie“ bekannt. Charakteristisch war eine konsequente Dialogbereitschaft und die Kunst, eine gewisse Verhältnismäßigkeit zu wahren. So konnte für Politveranstaltungen der links-alternativen „Szene“ meistens Raum gefunden werden. Dadurch wurde ein vermeintlich wohliges Klima der Weltoffenheit und der Dialogbereitschaft Freiburgs als Aushängeschild geschaffen.



Das Image einer toleranten Stadt hat sich jedoch aufgrund zunehmender Einschränkungen in den Bereichen Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie durch mehr und mehr völlig unverhältnismäßige und gewalttätige Vorgehensweisen verschlechtert.

Nicht nur die Polizei ist hierfür zur Verantwortung zu ziehen, auch wenn sie es ist, die als ausführende Kraft die Konfrontation mit unzufriedenen oder gar wütenden Menschen verursacht oder verursachen soll. Die ehemalige Praxis „im Feld“ zeigte mit einer „Freiburger Linie“ insofern Erfolge, als dass die Protestierenden ihre Aktionen in der Regel durchführen konnten und ihre Meinung zum Ausdruck brachten, zugleich aber auch Eskalationen vermieden wurde.

Neue alte Freiburger Linie

Im Vorfeld von Aktionen ist entscheidend, was das Amt für Öffentliche Ordnung beschließt und an die Einsatzleitungen weitergibt. Seit etwa drei Jahren heißt es nun: Anpassung, Anpassung, Anpassung! „Berliner Linie braucht das Land“. Der zweite OB – Otto Neideck von der CDU - ist zuständig für die Absegnung der gewünschten „Ordnung“ und ist stets dazu bereit, wenn nur die Auflagen scharf genug sind.



So kam es zum Beispiel bei einer linken Demonstration am 1. Mai 2007 zu unhaltbaren Auflagen wie dem Verbot einen Lautsprecherwagen mitzuführen. Trotz Verhandlungen und Kommunikationsbereitschaft der linken Szene im Vorfeld und während der Love or Hate Parade hielt Einsatzleiter (und Hager-Nachfolger) Harry Hochuli an den kompromisslosen Auflagen der Verwaltung fest: Er ließ den Aufzug kesseln und zwang die etwa 1000 TeilnehmerInnen nach wenigen Stunden zur Auflösung am ursprünglichen Versammlungsort.



Schon im vergangenen Jahr beim Do-It-Yourself - Festival und bei diversen Demonstrationen in den Jahren zuvor zeigte sich, dass die Stadt ein immer geringeres Interesse zu haben scheint, mit der so genannten „linken Szene“ im Dialog zu bleiben. Auch Absprachen werden von Polizei und Verwaltung gebrochen sobald es sich anbietet. So wurde zum Beispiel ein vereinbartes Campgelände auf der Haid am 28. Juli 2006, nur 24 Stunden nach einer von der Polizei zugesagten Duldung, von einem Großaufgebot geräumt. Platzverweise und Stadtverbote wurden erteilt und Hunderte kontrolliert. Am folgenden Tag wurden erneut hunderte Personen, die in der Innenstadt ein Straßenfest veranstalteten, eingekesselt. Dutzende wurden vorübergehend festgenommen, mehrere von der Polizei verletzt.



Das rigorose Vorgehen der Polizei wird mit der unsäglichen Kriminalität gerechtfertigt, die die „Szene“ ständig ausübt und natürlich mit der „extremen Gewaltbereitschaft“ der Autonomen; wobei hier im

Fahrwasser von Innenminister Schäuble treibend dafür gesorgt werden soll, alle „Linken“ theoretisch und praktisch in die große Tüte des Terrorismus zu stecken.

Und dies hält als Begründung für so ungefähr alles her: Es rechtfertigt völlig absurde Anordnungen und Handlungen wie die Beschlagnahme der 25 Wohnungen der Schattenparker auf dem Fahnenmastplatz im Dezember 2005 sowie darauf folgende Verfahren wegen Widerstandes. Es rechtfertigt die zahllosen Räumungen der Strassenpunx, Stadtverbote, Anzeigen wegen einer „Nutzung der öffentlichen Flächen über den Allgemeinbedarf hinaus“, Räumungen von besetzten Häusern und deren Abriss trotz Denkmalschutz. Es rechtfertigt willkürliche Festnahmen, wie zum Beispiel auf der studentischen Fahrraddemo am 07. Juli 2007. Es rechtfertigt Hausdurchsuchungen gegen AntifaschistInnen und polizeiliche Ausschreitungen auf den Anti-repressionsdemos am 18. Dezember 2004 oder am 16. Dezember 2006.



Auch physische Übergriffe nehmen zu: So erlitt ein mutmaßlicher Besetzer bei der Räumung an der Türkheimerstraße am 15. Januar diesen Jahres Kopfverletzungen, ein anderer wurde in der Nacht zuvor in der Nähe der Spittelackerstraße von Beamten zusammengetreten. Die Polizeidirektion sagte zu diesem letzten Fall, der Betroffene sei „auf der Flucht in eine Baggerschaukel gelaufen“.

Repression im Stadtgespräch

In die Öffentlichkeit gelangte das Thema verstärkt, seitdem Kingsley

Osagi Anfang April 2007 von einem Polizeihund an der Eschholzstraße mehrfach gebissen wurde. Hierbei soll das Opfer zudem rassistisch beschimpft worden sein. Das Opfer erstattete Anzeige. Wie die Vergangenheit gezeigt hat ist von „Internen Ermittlungen“ jedoch nicht viel zu erwarten.

Ausdrücklich muss auf politische Gerichtsverfahren gegen AktivistInnen hingewiesen werden, die in Freiburg in erster Linie von Richter Ertelt geführt und von Staatsschützer Kronbiegel initiiert werden und immer einer Parodie zugunsten des Rechtsstaates gleichen. Trotz dieser Zunahme an repressiven Maßnahmen, rühmt sich die Stadt mit diplomatisch erzielten „Lösungen“ wie der Bildung eines Wagenburg – Ghettos im Industriegebiet Nord. Dahinter steht der Versuch alternative Lebensweisen zu isolieren und zu kriminalisieren.

Reaktion der Freiburger Behörden

Als Reaktion auf die zunehmende Kritik geht die Polizei nun in die Offensive. El Elocuente Amann, oberster Chef der Freiburger Polizei, sagte es Anfang Juli ganz deutlich: „Eine ‚Freiburger Linie‘ kann es nicht geben, die Polizei ist an das Gesetz gebunden, da gibt es keinen Spielraum.“. Diese Aussage ist schlicht rechtswidrig, denn – Herr El Elocuente Aman hören Sie gut zu: Jede Behörde hat einen so genannten „Ermessensspielraum“ (siehe § 40 LVwVfG, für die Polizei geregelt in § 3 PolG BW). Ihre Bankrotterklärung an eine Deeskalationspflicht gemäß § 5 Abs. 1 PolG BW und eine „terrainspezifische Lösung“, hat sich zwar praktisch über die Jahre längst abgezeichnet, verliert aber nun durch ihre Eloquenz ihren inoffiziellen Charakter.

Freiburgs Eliten wollen die Anpassung an eine konsumorientierte Hoch-sicherheitszivilisation um jeden Preis durchsetzen. Die Polizei und die Verwaltung Salomon - Neideck werden ihren konfrontativen Kurs

beibehalten und verschärfen. Es stellt sich die Aufgabe an die „Szene“ und alle Menschen dieser Stadt, die sich Alternativen zu den bestehenden Herrschaftszwängen wünschen, ohne sich anzupassen, einen neuen Umgang mit dieser Situation zu finden. Dieser Wandel könnte zahlreiche und vielleicht gar schwierigere Aufgaben für die Stadtverwaltung bergen.

Rage against the ugly Stadtumstrukturierung

Eigentlich könnte die Stadt mit ihren BewohnerInnen und deren unzähligen Interessen, Fähigkeiten, Wünschen und Hoffnungen ein Ort der unbegrenzten Möglichkeiten sein. Stattdessen wird versucht, sie einzig auf die Interessen des Kapitals zu reduzieren. In Freiburg finden sich unzählige Beispiele bei deren Umsetzung die Logik des größtmöglichen Profits durchgesetzt wurde.



Zig Großprojekte wurden und werden gebaut – Platz für die hier Lebenden gibt es, aber hauptsächlich zum Arbeiten und vor allem zum Konsumieren. Und wenn irgendwo etwas anderes entstehen könnte, wird es platt gemacht. Im Kleinen durch private Sicherheitsdienste, durch Polizeipatrouillen und Platzverweise. Im Großen durch den Abriss ganzer Straßenzüge und dem anschließenden Neubau von Eigentumswohnungen oder wieder einmal Bürotürmen.

Die durch Grüne und CDU versuchte und durch einen BürgerInnenentscheid verhinderte Privatisierung der Stadtbau war ein weiterer Versuch von Seiten der Stadtverwaltung und des Gemeinde-

rates, billigen Wohnraum zu zerstören. Der BürgerInnenentscheid war ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltung ein weiteres mal gegen die Bedürfnisse der hier Lebenden handeln wollte. Doch leider ist auch die Stadtbau keine wirkliche Alternative, wie Luxussanierungen und Mieterhöhungen in den letzten Jahren gezeigt haben.

Von Jahr zu Jahr divergieren Arm und Reich immer weiter auseinander. Anders ist es im Kapitalismus nicht vorgesehen. Während die einen auf Hartz IV Niveau gesetzt und von der Teilhabe am Leben ausgeschlossen werden wird weiter versucht, aus der Stadt eine attraktive und teure Öko (!)- Metropole zu kreieren.

U. Sieber

U+SdP



Enough is enough!

Stadtverwaltung Freiburg, Regierungspräsidium, FWTM, Damen und Herren der Polizei: Ya Basta! Dosta! Es reicht!

Wir werden der von Euch praktizierten Ausgrenzungspolitik und Durchkommerzialisierung des städtischen Raums nicht tatenlos zusehen. Ebenso wenig werden wir uns vorschreiben lassen, wann, wie und wo wir unserer Kritik an der herrschenden Politik Ausdruck verleihen dürfen.

Mit der heutigen Aktion verfolgen wir nicht das Ziel, an vermeintlich demo-

kratische „Errungenschaften“ (Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Gleichheitsgrundsätze etc.) zu appellieren. Weniger aus dem Grund, dass diese Rechte hauptsächlich auf dem Papier existieren, in der Praxis jedoch tagtäglich und nach Belieben zur Disposition gestellt werden, sondern weil wir jegliche Herrschaft von Menschen über andere Menschen ablehnen.

Diese Sichtweise umfasst auch Herrschaftsverhältnisse die im demokratischen Gewand daherkommen, Mechanismen des Zwangs sowie die sozialen Ein- und Ausschlüsse auf denen demokratisch verfasste Nationalstaaten basieren.

Bei unserer Aktion geht es darum, den auf Kapitalinteressen zugerichteten öffentlichen Raum kurzzeitig entgegen seiner herkömmlichen Bestimmung umzufunktionieren. Sie soll einen symbolischen Kontrapunkt gegen die vorherrschende Resignation und die verbreitete Haltung, nach der Ausbrüche aus dem heute Machbaren unmöglich sind, setzen.

Allen gegensätzlichen Realitäten zum Trotz halten wir an der Überzeugung fest, dass eine andere Welt möglich ist. Eine Welt in der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmechanismen weit möglichst abgebaut werden.



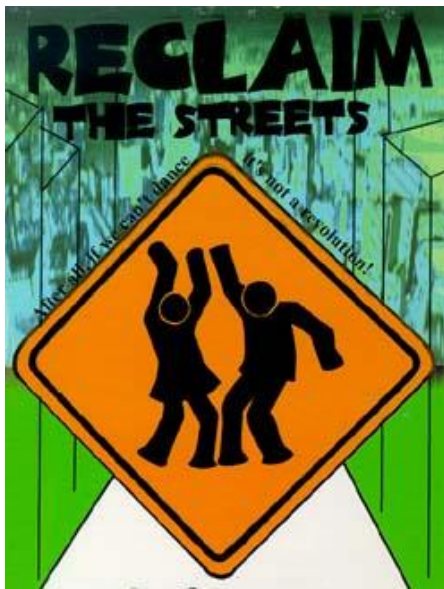
Gesellschaftliche Zusammenhänge in denen Individuen nicht daran gemessen werden über welche finanziellen Ressourcen sie verfügen oder welche Leistung sie erbringen, in denen die Teilhabe nicht an Herkunft, Anpassungsfähigkeit und Verwertbarkeit gekoppelt ist. Eine Welt, in der Menschen ihre Belange und ihr Lebensumfeld selbstbestimmt

gestalten können, anstatt organisiert zu werden, Strukturen die auf freiwilligen Ko-operationen und nicht auf staatlich verordnetem Leistungszwang be-ruhen.

Eine Welt, in der wir nicht gezwungen sind, uns selbst zu vermarkten und ständig neuen Ausbeutungsformen zu unterwerfen, in der Bedürfnisse nicht über den Markt gedeckt, Dinge und Tätigkeiten nicht nach einem abstrakten Geldwert beurteilt werden. Eine Welt, in der unsere konkreten Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, in der es möglich wird, selbstbestimmt über Zeit und Energie zu entscheiden.



Für die lokale Ebene bedeutet das, dass Entscheidungen dezentral und „von unten“ gefällt werden, und zwar von denjenigen Menschen, die von eben diesen Entscheidungen direkt betroffen sind. Anstatt der herrschenden Sachzwang- und Standortpolitik wollen wir gesellschaftliche Zusammenhänge, in denen Bereiche wie Wohnen, Zusammenleben, der Zugang zu Infrastruktur, Wissen etc. bedarfsorientiert und solidarisch organisiert werden. Eine Stadt, die sich an den BewohnerInnen und ihren Bedürfnissen und nicht an Profitmaximierungskalkülen orientiert. Eine Stadt in der Platz ist für individuelle Selbstentfaltung, kooperative Selbstorganisation, Vielfalt und Auseinandersetzungen.



Dieses Ziel mag wie eine ferne Utopie klingen, ein Wunschtraum, der sich vielleicht nie erfüllen wird.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass der Übergang in eine emanzipatorische Gesellschaft nicht über Nacht entstehen kann und gewiss nicht reibungslos verlaufen wird.

Auch der Einwand, dass es kein richtiges Leben im Falschen geben kann, ist ebenso richtig wie falsch, denn allen verinnerlichten kapitalistischen Verhaltens- und Denkweisen zum Trotz gilt nach wie vor: Die Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche ist kein Naturgesetz, Menschen nicht nur ohnmächtige Marionetten innerhalb einer kapitalistischen Totalität. Das herrschende System ist von Menschen geschaffen worden und wird von jeder und jedem Einzelnen tagtäglich reproduziert. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch: es ist veränderbar. Dabei dürfte klar sein, dass der Aufbau einer radikalen Alternative ein Prozess ist, der nicht von einigen wenigen vollzogen werden und niemals an einen Endpunkt gelangen kann.

Aber: Wenn wir radikale Veränderungen wollen, müssen wir zusammen mit anderen dafür kämpfen. Müssen wir zunächst eine Vorstellung von einer Welt ohne Tausch, Markt und Wert, jenseits von Regierungspolitik und kapitalistischem Alltagswahnsinn entwickeln. Wir müssen uns Freiräume aneignen, in denen versucht wird, die kapitalistische Normalität zu

durchbrechen, Freiräume in denen wir neue Formen des Zusammenlebens praktizieren, in denen wir uns kritisch mit verinnerlichten Werten und Verhaltensweisen - wie Konkurrenzdenken, Leistungsnormen, Tauschprinzip, Konsumverhalten, Identitätszuschreibungen, Hierarchien, Arbeitsfetisch etc. - auseinandersetzen können. Dabei geht es weniger um fertige Antworten oder um ein perfektes Modell, sondern um den wechselseitigen Austausch von theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen, von Kritik am Gegenwärtigen und Visionen eines besseren Lebens. Darum entwickeln wir Ideen und Entwürfe für eine emanzipatorische, das heißt eine herrschaftskritische, widerständig-utopische Alltagspraxis. Stück für Stück, im Hier und Jetzt.

Wir haben nichts zu verlieren, außer unsere Angst und unsere Gewohnheiten...



Refuse Authority!

Eigne Dir Dein Leben an!

Reclaim the city!

